



klar.sozial

Sozialdemokratische Partei Oberwallis (SPO)

Der Reichtum des Wallis sind die Menschen, das Wasser, der Wind, die Sonne – und eine ökologisch und ökonomisch richtige Politik

11 SPO-Eckwerte zur Energiepolitik

Die nachfolgende, elf Punkte umfassende Erklärung basiert einerseits auf dem 150-seitigen Grundlagenpapier zur Energiepolitik, andererseits auf dem Diskussions- und Positionspapier, das von der SPO-Arbeitsgruppe "Energiepolitik" bereits am Kongress vom 19. September 2008 zur Diskussion gestellt, in der Folge weiter bearbeitet und anfangs Januar 2009 in ein parteiinternes Vernehmlassungsverfahren bei den Bezirksparteien, Sektion und Mitgliedern gegeben wurde. Die SPO wird im Rahmen der allen offen stehenden Arbeitsgruppe die notwendige Debatte über die Ausrichtung der Energiepolitik fortsetzen, weiter vertiefen und laufend aktualisieren.

1. Gesparte Energie ist die beste und günstigste Energie

Energiesparmassnahmen stehen für die SPO sowohl aus ökologischer, wirtschaftlicher und beschäftigungspolitischer Sicht an erster Stelle. Darum hat die SP schon vor zehn Jahren im Wallis den Minergie-Standard für öffentliche Bauten und für private Bauherren gezielte Investitions-Anreize durchgesetzt. Diese Standards müssen aufgrund der inzwischen verbesserten technischen Möglichkeiten weiter angehoben werden in Richtung Minergie-P (Schweizer Passivhaus-Label). Die ökologische Gebäudesanierung gewinnt vor dem Hintergrund der Ölpreisturbulenzen und der Rezession zusätzlich an volkswirtschaftlichem Wert. Keine andere Massnahme schafft für das Bau- und Ausbaugewerbe so effektiv sinnvolle Beschäftigung.

2. Gewinne der Stromkonzerne endlich korrekt im Wallis besteuern

Die grossen Überlandwerke der Schweiz konnten in den letzten Jahren ihre Gewinne vervierfachen. Dies dank der Wasserkraft und Speicherseen in den Bergen. Deshalb muss die Differenz zwischen dem Gestehungspreis und dem Marktpreis im Wallis und in seinen Gemeinden korrekt besteuert werden. Das kantonale Finanzdepartement und seine Steuerverwaltung müssen endlich ihre längst fälligen Hausaufgaben machen.

3. Die Wasserzinsen müssen angepasst werden

Während die Wasserkraft massiv an Wert gewonnen hat, ist der Preis für deren Rohstoff – das Wasser in den Bergen – seit 1997 nicht einmal mehr der Teuerung angepasst worden. Daher müssen die Wasserzinsen endlich steigen. Seit anderthalb Jahren fordern die Gebirgskantone mit Unterstützung der SP eine Erhöhung der Wasserzinsen von 80 auf 100 Fr. pro kW die Einführung eines Speicherzuschlags sowie die Indexierung des Wasserzinses.

4. Das Wallis muss alle Heimfälle geltend machen

Der Kanton und die Gemeinden müssen alle Wasserkraftwerke mit Ablauf der Konzessionen heimfallen lassen. Wir müssen politische Lösungen suchen und finden, damit wir alle Heimfälle geltend machen und das ganze Wallis von diesem absehbar in Etappen anfallenden Reichtum profitiert. Die SPO wird in der kommenden Legislatur erste Modelle zur Diskussion stellen und nötigenfalls mit einer Volksinitiative Weichen stellen.

5. Die missratene Strommarktöffnung ist zu stoppen

Die JUSO Oberwallis haben die Strommarkt-Liberalisierung vehement bekämpft. Die SPO warnte im Herbst 2007 in einem umfangreichen Dossier vor den negativen Auswirkungen der Strommarktöffnung. Zu Recht. Ausgerechnet im Wasserschlosskanton Wallis klagen die Chefs der grossen Industrieunternehmen (z.B. der Lonza) und Gewerbetreibende über massiv steigende Strompreise. Und auch die Haushalte werden mit Preiserhöhungen von 20, 30, ja sogar 60 Prozent zur Kasse gebeten. Unsere Haushalte und Unternehmen müssen pro Jahr schätzungsweise 70 Millionen Franken an die Stromkonzerne in der Ausserschweiz und in Deutschland abliefern. Darum vertritt die SPO: Die Strommarktöffnung muss gestoppt werden – und zwar sofort.

6. Das Potential der Wasserkraft vernünftig und sinnvoll nutzen

Das Wallis verbraucht pro Jahr rund 3 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom, produziert aber als grösster Wasserschlosskanton der Schweiz allein mit der Wasserkraft 10 Milliarden kWh. Der Kanton ist somit in der privilegierten Lage, sein Potenzial der Wasserkraft vernünftig und sinnvoll zu nutzen. Das heisst:

- Die gesetzlich vorgeschriebenen **Restwassermengen** müssen für bestehende wie neue Projekte zwingend eingehalten werden.
- Es besteht weiterhin **kein Bedürfnis für den Bau neuer Speicherkraftwerke**.
- **Weitere Wasserkraftwerke und neue Kleinwasserkraftwerke** müssen im Rahmen einer restriktiven Bewilligungspraxis von Fall zu Fall geprüft werden. Dabei sind die Anliegen des Natur- und Gewässerschutzes mindestens so hoch zu gewichten wie die Interessen der Stromwirtschaft.
- **Eigentümer neuer Anlagen** müssen der Kanton Wallis und seine Gemeinden sein und nicht ausserkantonale oder ausländische Gesellschaften.
- Alle sinnvollen Möglichkeiten - wie die **Energieerzeugung mit Abwasser** - müssen ausgeschöpft werden.
- Zudem fordert die SPO einen **neuen Ansatz in Bezug auf die Wasserkraftnutzung**. In einem ersten Schritt werden alle Wasserkraftpotenziale einer Region – zum Beispiel im Goms - erfasst und bewertet. In einem zweiten Schritt wird mit den Gemeinden und den Umweltorganisationen ausgehandelt und **verbindlich vereinbart, welche Potenziale genutzt werden können und welche Täler unberührt bleiben**. Zwischen den Gemeinden, auf deren Gebiet Anlagen realisiert werden, und Gemeinden, welche auf Wasserkraftwerke verzichten, wird vertraglich ein finanzieller Ausgleich geschaffen.
- Gleichzeitig sind in jedem Fall die vorhandenen Möglichkeiten zu prüfen und auszuschöpfen, dass Gemeinden bei einem **Verzicht auf die Wasserkraftnutzung aus dem Fonds "Landschaftsrappen" finanziell entschädigt** werden.

7. Die Hochspannungsleitungen gehören in den Boden

Der technische Fortschritt auf dem Gebiet der Übertragungsleitungen gehört den erdverlegten Gleichstromleitungen. Sie transportieren die Energie mit weniger Verlusten und weniger elektromagnetischen Feldern. Sie schonen die Gesundheit der Menschen und die Landschaft. Noch weigern sich die Behörden und Leitungsbetreiber, diese Alternativen seriös prüfen zu lassen. Konkret engagiert sich die SPO auf regionaler, kantonaler und Bundesebene gegen den Bau der auf Masten geplanten Hochspannungsleitung Chamoson – Chippis – Mörel – Ulrichen.

8. Aus Valais-Wallis das Solar-Valley der Schweiz machen

Die Photovoltaik macht riesige Fortschritte. Die besten Lagen in der Schweiz für Photovoltaik befinden sich im Wallis. Im Wallis kann man mit dem gleichen Panel 50 Prozent mehr Strom produzieren als im schweizerischen Mittelland. In den nächsten Jahren geht es darum, das Potenzial der Sonnenenergie mit gezielten Massnahmen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene für die Stromproduktion und Warmwasseraufbereitung voll zum Tragen zu bringen. Dazu gehören:

- In den Schweizer Randregionen werden **drei grosse Solarfabriken** mit einer Produktionskapazität von je einem Gigawatt (GW / = 1 Million Kilowatt) gebaut. Eine davon auf dem Gelände der ehemaligen Aluminiumhütte in Steg VS.
- Die Stromverteiler werden gezwungen, die **kostengünstig produzierten Photovoltaikzellen zu Selbstkosten** zu übernehmen, um sie dort zu installieren, wo es ihnen richtig erscheint.
- Im Wallis müssen sich interessierte Gemeinden überlegen, wie die Bodenbesitzer im Rahmen von **Solar-Zellen-Umlegung** gleichmäßig und landschaftsschonend profitieren. Beispielsweise auf Lawinverbauungen oder bei den Satellitenstationen wie in Leuk. Hier sollten umgehend Versuchsgebiete realisiert werden.
- Bei **allen öffentlichen Bauten, allen industriellen und gewerblichen Neubauten sowie bei Gebäuden, die in irgendeiner Form mit öffentlichen Geldern unterstützt werden** (z.B. Ställe), muss im Rahmen der Baubewilligungsverfahren zwingend geprüft werden, wie der Bau mit Solarenergie oder anderen energetisch sinnvollen Massnahmen optimiert werden kann. Die öffentliche Auflage der Baugesuche muss einen entsprechenden Prüfungsbericht enthalten.

9. Die Windenergie mit Sorgfalt testen

Wie Wasserkraft und Sonnenenergie hat auch die Windenergie im Wallis ein grosses Potential. Die Hälfte aller bei der schweizerischen Netzgesellschaft Swissgrid eingereichten Gesuche zwecks Förderung der Windenergie stammen aus dem Wallis. Windkraft kann 60 Prozent des Stroms im Winter produzieren und ergänzt deshalb sowohl die Wasserkraft wie die Solarenergie ideal. Alle im Oberwallis eingereichten Windkraftwerk-Gesuche betreffen die neue Gemeinde Obergoms sowie grenznahe Gebiete im Uri und Tessin. Hier wurden Gesuche für Anlagen mit einer Gesamtkapazität von über 200 Megawatt (MW), was in etwa der Produktionskapazität des Kraftwerks Mattmark entspricht. Die garantierten Einspeisetarife fliessen nur, wenn die entsprechenden Anlagen innerhalb von zwei Jahren über eine Baubewilligung verfügen. Einer Baubewilligung vorausgehen muss die Umzonung der entsprechenden Gebiete. Wer

will, kann mit Einsprachen diesen Schritt in das Solar- und Windzeitalter verhindern. Deshalb müssen alle Beteiligten gemeinsam eine Lösung auf folgender Basis suchen:

- Der Kanton Wallis muss die **Nutzung der Windenergie auf gesetzlicher Basis** lösen.
- In **bestehenden Landschaftsschutzgebieten** ist der Bau von Windkraft-Anlagen ausgeschlossen.
- Die **Stromverteiler im Oberwallis müssen zusammen mit der WEG zu mindestens zwei Drittel Eigentümer** der Windstromanlagen werden, damit nicht noch einmal - wie bei der Wasserkraft - der Reichtum des Wallis zu billig verkauft wird.
- **Der Bau der Anlagen im Hochgebirge muss mit der notwendigen Sorgfalt** vorgenommen werden. Innovative Lösungen sind gefragt. Für die SP Oberwallis wäre unakzeptabel, wenn für jede Anlage eine vier Meter breite Zufahrtsstrasse in die Landschaft gefräst werden müsste. Mit der Vegetation im Alpenraum muss mit höchster Sorgfalt umgegangen werden.
- **Im Rahmen verbindlicher Vereinbarungen** muss verhindert werden, dass - wie bei der Autobahn, wo die Umweltorganisationen zu Kompromissen bereit waren - die gegebenen Versprechen nachträglich nicht eingehalten werden.

10. Sechzig Stromverteiler sind zu viel

Das Wallis leistet sich mit rund 60 Gesellschaften den Luxus einer teuren Stromverteilung. Die SPO geht davon aus, dass es im Wallis nur zwei Netzgesellschaften braucht, nämlich eine für das Mittel- und Unterwallis und eine für das Oberwallis. Diese zwei Gesellschaften müssen alle Netze unterhalb der Höchstspannungsebene kontrollieren, also auch die Mittelspannungsebene 65kV / 125kV. Die beiden regionalen Netzgesellschaften Mittel/Unterwallis bzw. Oberwallis müssen Eigentum der versorgten Gemeinden sein und alle Haushalte und Unternehmen zu gleichen Netzkosten versorgen. Die Verwaltungsräte der beiden Netzgesellschaften sind von den Stimmberechtigten des jeweiligen Versorgungsgebietes in demokratischer Wahl zu bestimmen. Es gelten die Regeln für die Wahl von Gemeinderäten.

11. Last but not least: Die SPO ist kategorisch gegen neue AKWs

Die hoch riskante Atomenergie ist ein Auslaufmodell. Die Endlagerung des Atommülls ist nach wie vor nicht gelöst. **Es gibt kein Bedürfnis für den Bau neuer AKWs.** Projekte im Wallis für den **Abbau von Uran-Vorkommen**, die der Belieferung der Atomindustrie dienen, lehnen wir ab. Die Schweiz setzt besser auf die erneuerbaren Energien, was – wie dargelegt – ganz im Interesse des Wallis ist.

Visp, 6. Februar 2009

**Sozialdemokratische
Partei Oberwallis (SPO)**